



Schwer gefragt

Die österreichische Regierung versprach Geflüchteten aus der Ukraine eine rasche Integration in den Arbeitsmarkt. Doch es läuft schleppend. Und dubiose Arbeitgeber versuchen, aus der Not der Ukrainerinnen Profite zu schlagen.

VON LISA KREUTZER UND EUGENIA SELEZNOVA

Wie sie dasitzt, auf der schwarzen Ledercouch: aufrecht und wach, in rotem Hoodie und Chucks, daneben ihr sechsjähriger Sohn mit Stöpseln in den Ohren, in einem Dinosaurier-Zweiteiler. Er schaut Cartoons auf ihrem Handy. Sie sieht so aus, als wäre weiter nichts passiert. Als würde an diesem Montagvormittag in Wien ihre Heimatstadt nicht von der russischen Armee bedroht werden. Als hätte sie nicht alles hinter sich gelassen für den kleinen Jungen neben ihr, der Donuts isst und immer wieder laut lacht, wenn im Video

etwas Lustiges passiert. Erst als sie über die Zukunft in Österreich spricht, fängt Anna an zu weinen. Tränen rinnen über ihre Wangen. Sie sagt: »Das Schlimmste daran, Vertriebene zu sein, ist, sich wie eine Bettlerin zu fühlen.«

Als am 24. Februar die ersten Explosionen Kiew erschütterten, besuchte Anna Petruk, Mitte 40, gerade Freundinnen. Sie wollte ein paar Tage in der Hauptstadt verbringen und dann zurück in ihre kleine Heimatstadt im Westen der Ukraine, wo sie ein erfolgreiches Geschäft betrieb. Doch als die russischen Truppen die Ukraine angriffen, setzte sie ihren Sohn Luka (9) und ihre Tochter Masha (15) in ihren Se-

dan. Ihren Mann musste sie zurücklassen. Sie sei drei Tage und Nächte durchgefahren, erzählt sie, bis sie Ende Februar Wien erreichten. Bei einer Bekannten kam sie mit ihren Kindern in einem Zimmer unter.

Anna Petruk, die eigentlich anders heißt, war Anfang März gerade eine Woche in Wien, als sie sich bei der Polizei registrierte und den Ausweis für Vertriebene beantragte. Mit diesem »blaue Karte« genannten Aufenthaltstitel und einer Beschäftigungsbewilligung des Arbeitsmarktservice (AMS) können Geflüchtete aus der Ukraine in Österreich arbeiten. Die Ukrainerinnen sollen schnell und unkompliziert Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen. So haben es die Regierungen der EU kurz nach Ausbruch des Krieges beschlossen. Doch die Behördenwege brauchen Zeit – in dessen versuchen dubiose Arbeitgeber, aus der Not der Geflohenen Profite zu schlagen.

Die blaue Karte

So schnell wie möglich wollte Petruk eine Arbeit finden. Die Angst, dass ihr Geld bald ausgehen, sie ihre zwei Kinder nicht gut versorgen könnte, wurde mit jedem Tag größer. Ihr Ersparnis aus der Ukraine war hier weniger wert. Viel war es ohnehin nicht. Die Bekannte, bei der Petruk mit ihren Kindern untergekommen war, sagte, ihre Mutter habe einen Job für sie, sie könne in deren Firma putzen. Schon da sei Petruk klar gewesen, dass das keine legale Arbeit sei, schließlich besaß sie noch gar keine Beschäftigungsbewilligung. Aber sie wusste auch: Staatliche Hilfe zieht sich in die Länge. Sie sei also dankbar gewesen, eine Möglichkeit zu haben, sofort etwas zu verdienen. »Besser als kein Geld und keine Sicherheit für die Kinder«, dachte Petruk. Sie nahm das Angebot an. Im Nachhinein sagt sie, sei das ein Fehler gewesen.

So wie Petruk geht es vielen Ukrainerinnen, die seit Beginn der völkerrechtswidrigen russischen Invasion nach Österreich geflohen sind. Viele mussten ohne große Ersparnisse über Nacht das Land verlassen, staatliche Hilfen in Österreich griffen nur langsam. »Die Ausstellung der Ausweise für Vertriebene dauert zu lange«, sagt Melanie Wenger-Rami von der Caritas. Dieses Dokument ist aber die Grundlage für eine Arbeitserlaubnis. Und ohne Arbeitserlaubnis kein Einkommen. Bis Anfang Mai wurden laut Innenministerium rund 65.000 Menschen aus der Ukraine registriert, 70 Prozent davon Frauen. Bis Anfang April hatte das AMS weniger als 100 Beschäftigungsbewilligungen für diese Geflohenen ausgestellt. Zwei Wochen später, Mitte April, belief sich die Zahl auf knapp 200. Anfang Mai waren dann schon 2.078 Beschäftigungsbewilligungen ausgestellt und 240 in Bearbeitung. Einige Geflüchtete fanden bisher Jobs in hochqualifizierten Bereichen wie der IT, Technik oder im Ingenieurwesen – in Bereichen also, in denen sie schon vor dem Krieg wohl keine Probleme gehabt hätten,

in Österreich Arbeit zu finden. Nicht wenige kamen zuletzt auch in Gastronomie, Hotellerie oder in der Landwirtschaft unter.

Die Registrierung der großen Zahl an Geflüchteten stellte Behörden und Staatsdruckerei vor Herausforderungen. Am 25. März, fast einen Monat nachdem die ersten Menschen aus der Ukraine angekommen waren, stellte sie die ersten Ausweise für Vertriebene her. Dass die blaue Karte nicht von heute auf morgen hergestellt werden konnte, sei von vornherein klar gewesen, sagt Paul Eidenberger, Pressesprecher des Innenministeriums. Sie habe von Grund auf neu konzipiert werden müssen. Ein Hochsicherheitsdokument in der Größe einer Bankomatkarte, mit Mikroschrift, Kinogramm und Erhebung sowie biometrischen Daten der Besitzerinnen, abgespeichert auf einem Chip. Grundversorgung, Krankenversicherung und Schulbesuch wurden den Geflohenen dagegen sofort zur Verfügung gestellt, unabhängig davon, ob diese blaue Karte und damit die Grundlage dafür, eine Arbeit zu beginnen, schon ausgestellt war.

Nach ihrer Ankunft in Österreich dauerte es fünf Wochen, bis Petruk die erste finanzielle Hilfe vom Staat bekam. Im Austria Center Vienna wurde ihr von einem Mitarbeiter der Caritas die Grundversorgung, 215 Euro für sich und insgesamt 200 Euro für ihre beiden Kinder, in bar ausgezahlt. Petruk erzählt, sie sei in der Zwischenzeit putzen gegangen, ohne Vertrag, während die 15-jährige Tochter auf den Sohn aufgepasst habe. Gemeinsam mit der Mutter ihrer Bekannten, die eine Reinigungsfirma in Wien leitet, sei Petruk zu privaten Wohnungen und Büros in ganz Wien gefahren, mal hätten sie ausgesehen wie Museen, mal wie Dreckslöcher. Sie habe Backöfen, Fenster, Toiletten und Kühlschränke geputzt. Nach wenigen Tagen habe sie ihr einen Besen und eine Tasche mit Lappen und Sprays in die Hand gedrückt, sie durfte nun allein zu den Kundinnen und Kunden. Auf ihr Handy habe sie nur eine Adresse und die Uhrzeit erhalten, zu der sie erscheinen sollte. Mehr habe sie über ihre Kunden nicht gewusst. Oft sei sie zu Wohnungen gerufen worden, bei denen ihr niemand die Tür geöffnet habe. Für solche Fahrten sei sie nicht bezahlt worden, auch wenn sie ein bis zwei Stunden für die Fahrt in einen anderen Teil der Stadt verlor. Manchmal habe sie nicht die richtigen Mittel gehabt, erzählt sie, das Parkett mit ihren alten Hemden geschrubbt.

Extrasauber

An Aufträgen habe es nie gemangelt. Die Firma, für die Petruk ohne Vertrag und Sicherheiten arbeitete, bewarb ihr Angebot auf dem Portal Extrasauber.at. Die Agentur vermittelt Reinigungskräfte von über 100 Reinigungsfirmen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Sie verspricht: »Die Preisgestaltung über unsere Plattform ermöglicht

eine faire und legale Bezahlung für Ihre geleistete Arbeit.« Petruk hat es anders erlebt. Die Kunden, die ihre Reinigung über Extrasauber.at buchten, bekämen zwar eine Rechnung. Doch Petruk sei für ihre Arbeit manchmal gar nicht, manchmal schwarz bezahlt worden.

Extrasauber.at kontrolliert die Reinigungsfirmen: Sie prüft jede Firma vor der Registrierung, ermöglicht Kundenbewertungen und befragt Reinigungskräfte auf ihrer App regelmäßig zu ihrer Bezahlung. Erscheine zum Termin eine andere Reinigungskraft als gebucht, so sei das ein Beschwerdegrund, sagt Nadine Diel von Extrasauber.at. »Es besteht daher kein Anreiz, schwarzarbeitende Reinigungskräfte in die Wohnungen zu senden«, so Diel. »Allerdings ist es uns als Plattform selbstverständlich nicht möglich, dies in allen Fällen zu verhindern, da wir nicht überprüfen können, ob eine Reinigungsfirma neben den bei uns registrierten, offiziellen Reinigungskräften außerhalb unserer Plattform auch schwarz Reinigungskräfte beschäftigt.«

Für die meisten dieser Reinigungen seien ihr zehn Euro pro Stunde versprochen worden, sagt Petruk, manchmal auch fünfzehn. Sie erinnert sich, dass sie ständig gehetzt worden sei, ihre Chefin habe so viele Aufträge wie möglich erhalten wollen. Sie selbst habe den Lohn für ihre Arbeit nur sehr unregelmäßig erhalten. So unregelmäßig, dass sie nach vier Wochen rund 500 Euro Schulden angehäuft habe. Ihre Chefin, erzählt sie, habe immer eine Ausrede gehabt, warum sie Petruk nicht bezahlen konnte. Mal sagte sie, Petruk habe schlecht gearbeitet, mal sei es gerade einfach nicht möglich gewesen. Zur Polizei gehen wollte Petruk nicht. Weil sie illegal arbeitete, ohne Vertrag, in dem ihre Rechte niedergeschrieben gewesen wären, habe sie Angst gehabt, ihr Bleiberecht in Österreich zu verlieren.

Susanne Kimm kennt das Problem. Sie arbeitet als juristische Beraterin bei UNDOK in Wien, einer Beratungsstelle für undokumentiert arbeitende Menschen in Österreich. »Was viele nicht wissen, aber sehr wichtig ist: Auch wenn sie ohne Papiere arbeiten, haben Betroffene dieselben Rechte wie alle anderen Beschäftigten.« Arbeitsrecht, Kollektivverträge und Sozialversicherungsgesetze würden hierzulande für alle Arbeitnehmerinnen gelten, sagt Kimm, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

Auch Sophia Wyschnewska bekam an ihren ersten Tagen in Österreich, Anfang März, das Angebot, undokumentiert putzen zu gehen. Ein Mann habe sie am Bahnhof angesprochen und ihr einen Job in seiner Reinigungsfirma angeboten. Wyschnewska lehnte ab. Putzen, das sei nichts für sie, sagt sie, und sie wollte auch keine Gesetze brechen. In einem Zimmer im 1.500 Einwohner zählenden Müllendorf im Burgenland wartet die 25-Jährige seit mittlerweile fünf Wochen auf die Möglichkeit, legal in Österreich zu arbeiten. Sie stammt aus einer Musikerfamilie, hat in der Ukraine Kultur, französische Philologie, Cello und Schauspiel studiert. Sie hat noch keine Ausbildung abgeschlossen. Vor der Invasion Russlands habe sie in einem Sexshop

gearbeitet, eine Arbeit, die ihr großen Spaß gemacht habe. »Ich weiß, dass ich mit einem solchen Hintergrund in Österreich keinen wirklich guten Job finden werde«, sagt sie, »aber ich hoffe, dass ich etwas machen kann, das mit Ökologie zu tun hat, wie zum Beispiel Bäume pflanzen.« Bei ihrer Einreise nach Österreich hatte Wyschnewska etwa 650 Euro an Ersparnissen dabei, sie kaufte Katzenfutter, Hygieneprodukte, Essen. Erst etwa zwei Monate später erhielt auch sie 215 Euro aus der Grundversorgung

Ihr Zimmer in Kiew und den Kredit für ihr Handy zahle sie weiter, insgesamt rund 300 Euro pro Monat. Die meisten Ukrainerinnen würden ihre Fixkosten – egal ob Miete oder Fitnessstudio-Mitgliedschaft – in der Ukraine weiterzahlen, erzählt Wyschnewska. Auch, weil sie die Wirtschaft in der Heimat unterstützen möchten. Wyschnewska sagt, ihr Geld reiche noch für ungefähr 30 Tage.

Schon ein paar Tage nach ihrer Ankunft füllten Wyschnewska und ihre beiden jüngeren Schwestern Dokumente für ihre Meldezettel aus, die es ihnen ermöglichen sollten, einen Aufenthaltstitel zu erhalten und sich für Sprachkurse anzumelden. Doch beim Ausfüllen der Dokumente machten Wyschnewska und ihre Schwestern einen Fehler. Sie trugen ihre ukrainische Adresse in das Feld der österreichischen ein und umgekehrt. Drei Wochen später erhielten sie einen Bescheid, dass der Antrag ungültig sei. Seit Anfang April wartet Wyschnewska mittlerweile auf die Genehmigung, in Österreich zu arbeiten. Sie sagt, sie würde fast alles machen. »Aber es muss angemeldet sein.« Ab Juni müssen sie und ihre Schwestern aus der privaten Unterkunft im Burgenland ausziehen. Sie sei dankbar, sagt sie, für den Übergang dort untergekommen zu sein, dankbar für die Hilfe der österreichischen Familie. Wie es danach weitergehen soll, weiß sie nicht. »Ich würde gerne zurück nach Hause, in der Zwischenzeit muss ich Geld verdienen.«

Jobplattform Telegram

Eigentlich sind Menschen wie Sophia Wyschnewska und Anna Petruk derzeit als Arbeitskräfte schwer gefragt. Auf der Webseite des AMS bieten rund 3.000 Arbeitgeber Jobs explizit auch für Menschen aus der Ukraine an. Auch die Plattform Ukrainejobs.at vermittelt Stellen. Bis Anfang Mai wurden dort 934 Jobs veröffentlicht und knapp 1.000 Bewerbungen versandt.

Weniger nachgefragte Arbeiten werden oft in Chatgruppen der ukrainischen Community in Österreich angeboten. Auch auf Telegram oder Viber umwerben österreichische Arbeitgeber Geflüchtete aus der Ukraine. Die oberösterreichische Agentur Daheimpflege beispielsweise postete Mitte April in ukrainischen Chatgruppen auf Telegram ein Arbeitsangebot. Dort heißt es, man suche Familienpflegerinnen in Österreich. Anforderungen dafür seien ein »gutes Herz, keine Vorstrafen, Deutschkenntnisse

und, nicht erforderlich, aber von Vorteil: eine medizinische Ausbildung«. Auf ihrer Website wirbt die Agentur: »Wenn Sie Ihre Liebsten nicht dem grauen Dasein im Altenheim überlassen wollen, sondern ihnen einen harmonischen Lebensabend in der vertrauten Umgebung ermöglichen wollen, sind Sie bei uns richtig!! Wir organisieren für Sie professionelle Betreuung in den eigenen vier Wänden ... schon ab EUR 35,00 pro Tag.«

Der Preis ergibt sich aus dem, was die 24-Stunden-Pflegerinnen verdienen – und zwar je nach Sprachkenntnissen 1.300 bis 1.600 Euro brutto; der Staat fördert selbstständige 24-Stunden Betreuung mit bis zu 275 Euro. Dafür, dass die Betreuerinnen auf selbstständiger Basis Tag und Nacht mit der pflegebedürftigen Person leben, verdienen sie zwei bis fünf Euro die Stunde. Auch der Verdacht der Scheinselbstständigkeit liegt nahe: Die Betreuerinnen sind für einen Kunden zuständig, an Weisungen, Arbeitszeit und Arbeitsort gebunden. Ein Systemversagen nennt der Arbeitsrechtsexperte Wolfgang Mazal die österreichische Konstruktion der 24-Stunden-Pflege: »Es gibt einen breiten Konsens über die Gesetzwidrigkeit des Vorgehens, aber man ignoriert die Rechtssprechung einfach.« In ihrem Aufruf stellt Daheimpflege auch eine Fahrtkostenübernahme in Aussicht, sofern sich eine interessierte Person gerade noch in der Ukraine aufhält. Als Vermittlungsgebühr berechnet man 360 Euro, die von den ersten zwei Gehältern abgezogen werden. Eine Anfrage des TAGEBUCH ließ die Agentur unbeantwortet.

Etwas Anständiges finden

Die 24-Stunden-Pflege in Österreich steht seit langem wegen schlechter Arbeitsbedingungen und mieser Bezahlung in der Kritik. Gestemmt wird sie fast ausschließlich von Migrantinnen. Laut Sozialministerium arbeiteten im Jahr 2022 knapp 60.000 Menschen in der Personenbetreuung. Mehr als drei Viertel davon kommen aus Rumänien oder der Slowakei. Nur knapp tausend haben eine österreichische Staatsbürgerschaft.

Nicht nur die Betreuung von Pflegebedürftigen wird in Österreich überwiegend von Migrantinnen übernommen, auch die Agrarproduktion tragen inzwischen größtenteils Saisonarbeiterinnen aus dem Ausland. Zuletzt wurde diese aufgrund der während der Corona-Zeit noch viel prekärer gewordenen Arbeitsverhältnisse immer unbeliebter. Umso gelegener kommen nun die Ukrainerinnen. Und so werden in den Chatgruppen auch für die Erntearbeit auf oberösterreichischen Bauernhöfen fast täglich neue Angebote geteilt. Ein Account mit dem Namen Karina postete im April regelmäßig einen »dringenden« Aufruf. Gesucht wurden Saisonarbeiter auf Bauernhöfen in Oberösterreich: »Bedingungen: 40 Arbeitsstunden pro Woche, 160 Stunden pro Monat, blaue Karte (erforderlich!). Gehalt 1.540 Euro (davon werden 190 Euro für Unterkunft und Verpflegung abge-

zogen), ohne Sprachkenntnisse möglich. Wen interessiert das? Schreiben Sie an private Nachricht.« Auf Nachfrage bei Karina, auf welchen Höfen man arbeiten würde, schreibt sie, dass sie für die Landwirtschaftskammer Oberösterreich (LKOÖ) wirbt. Nach einer Bewerbung würde man dann auf die Höfe in Oberösterreich verteilt. Die LKOÖ gibt auf Nachfrage dagegen an, dass es keine Verbindung zu diesen Aufrufen in ukrainischen Telegram-Gruppen gebe.

Durch den Krieg in der Ukraine sind gerade in Oberösterreich viele Saisonarbeitskräfte ausgefallen, rund 2.000 ukrainische Arbeiterinnen kamen in den Jahren davor in das Bundesland. Dadurch, dass die ukrainische Regierung anordnete, dass Männer zwischen 18 und 65 Jahren das Land nicht mehr verlassen dürfen, um im Krieg zu kämpfen, kamen sie den österreichischen Bauern als Arbeitskräfte abhandeln. Barbara Manes von der Produktionsgewerkschaft in Oberösterreich sagt: »Das größte Problem der Landwirte in Oberösterreich ist das lange Warten auf die blaue Karte und das AMS. Die Regierung verspricht andauernd, dass es schneller gehen wird, aber scheinbar arbeiten sie zu wenig schnell.«

Österreichische Arbeitskräfte zu finden, die unter den gegebenen Bedingungen Saisonarbeit auf den österreichischen Feldern betreiben würden, sei nach wie vor fast unmöglich, sagt Marius Wilk vom AMS: »Wir würden uns sehr schwertun, jemanden zu finden, der diese Arbeit hier in Österreich macht. Für österreichische Verhältnisse ist das kein sehr hoher Verdienst. Diese Bereiche leben oft auch stark davon, dass es in Europa starke Lohndiskrepanzen gibt.«

Nach einem Monat Schwarzarbeit als Putzfrau, Arbeit, die ihr zu großen Teilen nicht bezahlt wurde, gab Anna Petruk auf. Sie teilte ihre Geschichte mit einer anderen Bekannten, einer Österreicherin. Die rief Petruks Chefin an und drohte, die Behörden zu informieren. Im Nachhinein erhielt sie das versprochene Geld. »Erst jetzt habe ich Zeit und Energie, etwas Anständigeres zu finden«, sagt Petruk heute. Trotzdem erscheint ihr die Zukunft immer noch bedrückend und unklar. »Mein Sohn bittet mich, ihm einen Motorroller zu kaufen. Und ich weiß, dass ich ihn mir jetzt nicht leisten kann und auch in sechs Monaten nicht.«

Sophia Wyschnewska will indes weiter auf ihre Arbeitsbewilligung warten und danach, so hofft sie, einen legalen Job finden. Ihre Schwestern treten als Straßenmusikerinnen in Wien auf und teilen die Einkünfte mit ihr. Mitmachen kann sie nicht. Am Tag ihrer Flucht musste sie sich zwischen ihrem Instrument, dem Cello, und ihrem Haustier entscheiden. Ihr Kater Marihuana lebt heute mit ihr im Burgenland.

Lisa Kreutzer ist Redakteurin des TAGEBUCH. Eugenia Seleznova ist eine ukrainische Publizistin, sie lebt derzeit in Wien.